

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Nefzanka 18.

Telephon:  
Tagesredaktion:  
26793, 31469.  
Nachredaktion: 26792.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei Abo-  
Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährig . . . . . 192.—

Abhebung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich 1926

6. Jahrgang.

Dienstag, 14. September 1926.

Nr. 215.

## Das Attentat auf Mussolini.

Jenen, die in der faschistischen Diktatur das wahre System der Bohlheit und Ordnung sehen, dem sie nachstreben, können, wenn sie beschreibbar wären, die Vorgänge und Zustände in den faschistisch regierten Staaten schon jetzt den Geschmack daran gründlich verderben haben. Griechenland, das sich seines Diktators sehr bald entledigt hat, indem es ihn auf eine einsame Insel schickte, wo er über die Vergänglichkeits der Herrlichkeit der Welt ausgiebig nachdenken kann, wurde durch den Faschismus in dauernde Unruhe und Unsicherheit gestürzt und eine Militärrevolution wird dort von der andern abgelöst. Nicht besser ist es in Spanien, wo der Diktator Primo de Rivera erst jüngst nur mit Not und Mühe sich vor einem militärischen Putsch zu retten vermochte. Und vollends Mussolini, der alles eher als ein behagliches, sorgenloses Leben führt, denn binnen kaum einem Jahre ist es der dritte Attentatsversuch, den am Samstag der junge italienische Arbeiter Giovanni durch den Wurf einer Bombe gegen den Duce unternahm. Das alles sind mehr als genug Symptome für das Aufkeimen der bösen Saat, welche das politische System der faschistischen Gewalt anstreift.

Der dritte Mordversuch an Mussolini in kaum einem Jahre! Bedarf es noch eines deutlicheren Beweises, daß der Faschismus, selbst dort, wo seine Herrschaft am festesten begründet zu sein scheint, jeden Augenblick zu Explosionen zu führen droht! In Italien hat er sein Ideal restlos erreicht: unbegrenzt ist die Macht des Diktators, das ganze Land, aller oppositionellen Gegenkräfte beraubt, liegt ihm zu Füßen, das Parlament ist geschändet, verflümmelt, die sozialistische Arbeiterschaft niedergedrückt, ohnmächtig und nutzlos, Hunderttausende revolutionärschwärmerischer Schwarzhemden sorgen, wenigstens äußerlich, für das Bild der Ordnung und Ruhe, auf das sich Mussolini so viel zugute tut, daß er noch vor kurzem alle Regierungen aufforderte, ihm nachzueifern und mit dem Parlamentarismus aufzuräumen. Da plagt in die faschistische Idolle hinein die Bombe des neuesten Attentäters! Man kann wohl eine Opposition mit Revolver, Nitroglycerin und Gefängnis mundtot machen, alle ihre legalen Lebensäußerungen lähmen, man kann Presse, Parlament, Vereins- und Versammlungsfreiheit erwürgen, aber man kann schließlich nicht hindern, daß auch die Opposition zu schießen beginnt. Der wenn auch mißlungene Bombenanschlag auf Mussolini zeigt, daß die Ruhe, die der Faschismus in Italien geschaffen hat, indem er an die Stelle der geistigen Argumente die rohe, blutige Gewalt gesetzt hat, die Ruhe des schlummernden Vulkans ist, der über Nacht, alles verheerend und zerstörend, ausbrechen kann.

Die Sozialdemokratie ist Gegnerin aller Attentate. Selbst einem Mussolini gegenüber. Aber wenn er und seine Banditen sich jetzt entrüsten und nach Einführung der Todesstrafe rufen, um neuen Anschlägen vorzubeugen, so steht ihnen dazu jedes moralische Recht und auch die Todesstrafe wird neue Attentate nicht zu verhindern imstande sein. Es war dieser Mussolini selbst, der, schon als er noch Sozialist war, die Gewaltanwendung gegen den politischen Gegner verurteilte, indem er in der "Voita di Classe" (Klassenkampf) im Jahre 1910 schrieb: "Wenn eine republikanische oder eine kaiserliche oder eine bourbonische Regierung dem Volke einen Mordanschlag anlegt oder es außerhalb der Menschheit stellt, so braucht man nicht über Gewalt zu schreiben, die der Gewalt antwortet, auch wenn einige Unschuldige zum Opfer fallen." Und in dem gleichen Blatte schrieb er: "Sind die Terroristen Helden oder Narren? Fast immer sind es Helden, Narren sind es nie. . . . Man muß im Gegenteil anerkennen, daß Terrorakte ihren Wert haben und manchmal den Beginn großer Umwälzungen anzeigen." Diesen Gedankengängen ist Mussolini auch als Faschist gefolgt, und auf dem Faschistenkongress im

## Die nichtständigen Ratsitz.

Polen verlangt einen halbständigen Sitz. — Angeblich: Schwereigkeiten von deutscher Seite.

Genf, 13. September. (Eigenber.) Das Redaktionskomitee des Verfassungsunterausschusses hat seine Arbeiten beendet. Bis auf Norwegen, das seine Vorbehalte noch nicht völlig aufgegeben hat, ist die Entscheidung auf der Grundlage des Vorschlages der Studienkommission mit unabweislichen redaktionellen Änderungen fertig. Die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder wird aber erst frühestens Mittwoch abends oder Donnerstag morgen vorgenommen werden; die nächste Vollversammlung ist auf Dienstag nachmittags festgesetzt. Nach den neuesten Versionen soll auch Kanada einen nichtständigen Ratsitz erhalten, womit Amerika zum erstenmale im Rat vertreten wäre.

Genf, 13. September. Die Völkerbundversammlung tagt heute nicht und wird auch morgen keine Sitzung abhalten; inzwischen arbeiten die verschiedenen Kommissionen. Es wird hinter den Kulissen an der Inauguration der letzten dramatischen Szene der heutigen Session, der Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder, die Mittwoch oder Donnerstag erfolgen soll, gearbeitet. Die Angelegenheit ist immer noch nicht ganz geklärt und bleibt wahrscheinlich ungeklärt bis zum letzten Moment.

Der gegenwärtige Stand der Kandidaturen zeigt sich folgendermaßen: Als Ratskandidaten auf drei Jahre werden Polen und Holland (an Stelle Schwedens und Chile) genannt, auf zwei Jahre Rumänien, China und Columbia, auf ein Jahr Belgien, Uruguay und ein kleinerer europäischer Staat, Kandidat für ein dreijähriges Mandat war auch Rumänien, das nach dem Abkommen von Veldes an Stelle der Tschechoslowakei treten soll. Da es sich aber als notwendig herausstellte, Lateinamerika wenigstens einen dreijährigen Ratsitz zu gewähren, löst der rumänische Antrag vorläufig alle Schwierigkeiten. Übrigens ist bei allen diesen Mandatsvorschlägen zu beachten, daß sie nur provisorisch sind. Nach einem Jahre werden die einjährigen Ratsmitglieder, nach zwei Jahren die zweijährigen und nach drei Jahren die dreijährigen aus dem Rate austreten und dann werden nur noch dreijährige Ratsitze gewählt werden.

Auch die Frage des halbständigen Ratsitzes für Polen scheint in diesem Augenblick noch nicht ganz geklärt zu sein; sie soll aber in der Weise gelöst werden, daß Polen schon bei seiner Berufung in den Rat ausnahmsweise als wieder wählbar für die nachfolgende dreijährige Frist erklärt wird. Die Schwierigkeiten soll Deutschland bereiten, das darauf

hinweist, daß es, als es seine Zustimmung zur Lösung der Krise durch Bildung von halbständigen Ratsitzen gab, der Ansicht war, daß außer Polen auch Spanien ein solcher halbständiger Sitz gewährt werden wird.

Durch den Austritt Spaniens sei aber diese Voraussetzung geschwunden und der Stand der Dinge habe sich geändert. Demgegenüber weisen maßgebende Kreise des Völkerbundes darauf hin, daß es einen Fortschritt bedeuten würde, wenn man Polen den halbständigen Ratsitz nicht geben sollte.

London, 13. September. Dem Genfer Berichterstatter der "Times" zufolge kompliziert der Austritt Spaniens aus dem Völkerbunde das delicate Problem der neun nichtständigen Sitze im Rate. Die Völkerbundversammlung hatte beabsichtigt, Spanien an die Spitze der Kandidatenliste zu setzen und ihm das Recht der Wiederwählbarkeit zuzusprechen. Einen ähnlichen Sitz hätte auch Polen erhalten sollen. Da nun die Kandidatur Spaniens entfällt, wünscht die Majorität im Völkerbunde nicht, Polen irgendwie besonders anzukennzeichnen.

Paris, 12. September. Der polnische Außenminister Jaksell erklärte in einem Interview dem Chefredakteur des "Matin", Zauerwein, daß Polen bereits das Maximum aller möglichen Konzessionen gemacht hat und daß es jetzt darauf besteht, daß das fixe Mandat, mit welchem Polen ein halbständiger Ratsitz auf drei Jahre mit dem Rechte der weiteren Erneuerung versehen wurde, wie ein Verbot gilt. Es könnte keine Rede sein von einem zweijährigen Sitz für Polen.

## Protest der spanischen Emigranten.

Wegen den Austritt Spaniens aus dem Völkerbunde.

Genf, 13. September. (Eigenbericht.) Der Präsident der Völkerbundversammlung des Völkerbundes hat ein Telegramm des in Frankreich in Verbannung lebenden Schriftstellers Ibáñez erhalten, des geistigen Führers im Kampf gegen das Regime Primo de Riveras. Dieses Telegramm erklärt, daß die spanische Öffentlichkeit gegenwärtig geknebelt ist und zur Austrittserklärung der spanischen Regierung nicht Stellung nehmen kann. Die Nachfolger des diktatorischen Regimes würden als eine ihrer ersten Handlungen den Wiedereintritt Spaniens in den Völkerbund vollziehen.

## Beratung Stresemann-Chamberlain-Briand in Chamonix?

Paris, 12. September. Der Genfer Berichterstatter der Agence Havas meldet, daß Stresemann heute früh zu einem Auszuge nach Chamonix abgereist ist. Es ist das zum erstenmale nach dem Kriege, daß ein amtierender deutscher Minister französischen Boden betreten hat. Gleichzeitig tauchen Gerüchte auf, daß auch Briand und Chamberlain nach Chamonix abgereist sind, und daß sie dort eine gemeinsame Beratung mit Stresemann haben werden.

Die Genfer Berichterstatter einiger Blätter bringen Meldungen darüber, daß Briand und

Stresemann über die neue Herabsetzung der Truppenstände im Okkupationsgebiet verhandelt haben. Die französische Delegation in Genf demontiert die Meldungen über irgend welche Verhandlungen mit Briand und Stresemann. Briand habe bloß Stresemann einen Höflichkeitbesuch abgestattet. Eine amtliche Meldung aber läßt zu, daß während der Genfer Tagung es zu einer Konferenz zwischen Stresemann und Briand kommen wird, in der über die Regelung einiger Fragen im Verfolg der Locarnopolitik verhandelt werden wird.

Jahre 1924 sagte er in einer Rede: "Ihr wißt, wie ich von der Gewalt denke. Diese ist für mich durchaus moralisch, jedenfalls moralischer als Kompromiß und Kuhhandel." Mussolini hat damit selber für das auf ihn verübte Attentat die Rechtfertigung geliefert. Er ist denen, die nun nach seinem Leben trachten, beispielgebend vorgegangen. Der Faschismus ist der Vater des politischen Mordes. Er hat die Gewalt zum Gesetz erhoben, der Weg, den er geschritten, ist mit Blut getränkt. Mord, Totschlag, Brandstiftung waren und sind seine Mittel, er muß es daher hinnehmen, daß der Mord sich nun gegen ihn erhebt.

Wir sagen es nochmals: der Mord ist kein politisches Kampfmittel, so verlockend es auch dem Haffe der Unterdrückten erscheinen mag, die Verbrechen der regierenden Klasse mit der

Waffe des Verbrechens zu beantworten. Jedenfalls können Mussolini und alle, die ihm nachzueifern suchen, aus den sich häufenden Attentaten die Erkenntnis ziehen, wie verhängnisvoll der Mißbrauch der Macht werden kann. Wir glauben, daß auch ohne politische Morde die Entwicklung ihren Weg geht, und daß schließlich auch der Faschismus, der heute wie ein furchtbarer Alb auf manchen Völkern lastet, an seinem eigenen Gifte zugrundegehen wird. Je eher das italienische Volk die Kraft findet, zu den Grundsätzen der Demokratie zurückzukehren und das blutgetränkte faschistische System abzuschütteln, um so eher wird es vom Geiste der Gewalt gesunden, der es unabsehbaren Gefahren entgegensetzen droht. Sanft wird das leider von Unschuldigen vergossene Blut nicht das letzte gewesen sein.

## 25 Jahre Gewerkschaftsinternationale.

Von Joh. Sassenbach.

Wenn auch schon vor dem Jahre 1901 einzelne Vereine miteinander in Verbindung getreten waren und auch ein gewisser Verkehr zwischen den Landeszentralen stattfand, so kann doch die internationale Konferenz des Jahres 1901 in Kopenhagen als der Beginn einer geregelten internationalen Zusammenarbeit der Gewerkschaften betrachtet werden. Am 21. August 1901 traten unter dem Vorsitz Legiens Vertreter von Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Norwegen und Schweden zusammen und beschlossen die regelmäßige Abhaltung von Konferenzen, um dort internationale gewerkschaftliche Fragen gemeinsam zu besprechen. Dabei ging man von der Voraussetzung aus, daß die Arbeiterschaft der überragenden allgemeinen Fragen auf den regelmäßig stattfindenden Internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongressen behandelt werden müßten.

Im folgenden Jahre kam man gelegentlich des deutschen Gewerkschaftskongresses in Stuttgart zusammen; diesmal war der Kreis schon größer geworden, indem auch Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich, die Schweiz und Spanien Vertreter entsandten. Bezüglich der organisatorischen Entwicklung des internationalen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses bedeutete Stuttgart bereits Fortschritt, indem man sich über eine allerdings lose Form der Organisation und über die Aufgaben der internationalen Zentralstelle klar wurde. Was die Aufgaben anbelangt, so sollten diese darin bestehen, eine fähige Verbindung zwischen den Gewerkschaften der einzelnen Länder zu schaffen, den Austausch von wichtigen Mitteilungen, Drucksachen und Schriften zu vermitteln, die die Arbeiterschaft interessierenden Gesetze, Verordnungen und Gerichtsentscheidungen den anderen Ländern durch gute Uebersetzungen zugänglich zu machen, eine einheitliche gewerkschaftliche Statistik anzubahnen und die gegenseitige Unterstützung bei Arbeitskämpfen zu wecken.

Dieses sehr vorsichtige Programm war nötig, um überhaupt zu einer internationalen Zusammenarbeit zu kommen. Man konnte in dieser Zeit, in der sich die Gewerkschaftsbewegung der meisten Länder noch in ihrer ersten Entwicklung befand und durchaus kein einheitliches Bild der Auffassungen und der gewerkschaftlichen Praxis zeigte, nicht zu einem mehr geschlossenen Programm gelangen und, trotzdem mit jeder Konferenz das Zusammenarbeiten ein besseres wurde, mußte man auf allen folgenden Konferenzen an dem Grundsatz festhalten, daß die Autonomie eines jeden Landes gewahrt bleibe.

Auch organisatorisch ging man sehr vorsichtig zu Werke. Auf der Stuttgarter Konferenz wurde beschlossen, von der Einsetzung eines besondern Internationalen Komitees Abstand zu nehmen und eine gewerkschaftliche Landeszentrale als internationale Zentralstelle zu bestimmen. Hierzu wurde die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt. Im Jahre nachher, in Dublin, ging man einen Schritt weiter und beschloß einen "Internationalen Sekretar" der gewerkschaftlichen Landeszentralen einzusetzen, wobei als selbstverständlich vorausgesetzt wurde, daß der Betreffende Mitglied der gewerkschaftlichen Landeszentrale seines Landes sei. Nach einer Diskussion darüber, ob der Sitz der internationalen Organisation jährlich zwischen den angeschlossenen Organisationen zu wechseln habe, wurde beschlossen, daß das Sekretariat bis zur nächsten Konferenz in Deutschland bleiben sollte. Damit war gleichzeitig festgesetzt, daß Legien internationaler Sekretar wurde, obgleich eine formelle Abstimmung nicht stattfand. Legien erließ die Geschäfte der Internationale mit Hilfe des Büros der Generalkommission, anders wäre auch bei einem Jahresbeitrag von 50 Bfr. pro 1000 Mitglieder, wie er in Dublin festgesetzt wurde, ebenfalls bei dem doppelten Betrag, der zwei Jahre später in Amsterdam zur Annahme gelangte, keine Arbeit zu leisten gewesen. Die gesamten Einnahmen betragen 1903—04: 1046 Mark, 1904—05: 1087 Mark und 1905—06: 2145 Mark, zu denen noch eine Ertragspende der deutschen Gewerkschaften von 3000 Mark kam. Als auf der Pariser Konferenz 1909 der Antrag gestellt wurde, einen besoldeten Beamten anzustellen, der die Arbeiten des Internationalen Sekretariats unter Leitung von Legien zu erledigen habe, mußte dieses aus finanziellen Gründen abgelehnt werden. Indessen wurde dem Internationalen Sekretar die eventuelle Anstellung anbegehrt und ihm gleichzeitig der Auftrag erteilt, der nächsten Inter-









